Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 23000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Inseratenbureaux: Wilsdruffer Gasse 13 angrenzend bis Ab. 6 Uhr, Sonntags bis Mittag 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. 9 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Nr. 71. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Donnerstag, 12. März 1874.

Politisches.

Wochenlang gehen bereits hinter den Coulissen die Verhandlungen zwischen der Reichsmilitärverwaltung und den Führern der Nationalliberalen vor sich über die Gestalt, welche dem Militärgesetz zu geben ist. Um zu diesen vertraulichen Berathungen Raum zu geben, ist bisher die entscheidende Abstimmung über den § 1 vom Ausschusse ausgesetzt worden. Jenachdem eine Abmachung oder, wenn das freundlicher klingt, eine Verständigung näher rückte oder unwahrscheinlicher wurde, tauchten alsbald Gerüchte über das gänzliche Zurückziehen des Militärgesetzes, über tiefgreifende Conflicte zwischen der Reichsgewalt und dem Reichstage und dergl. m. auf. Neuerdings scheint aber ein Compromiß gefunden zu sein. Die Militärverwaltung verzichtet auf eine Friedenspräsenzstärke von über 400,000 Mann und willigt in eine solche von 362,000. Hingegen verzichtet der Reichstag auf Herabsetzung der Dienstzeit, die jährliche Festsetzung der Rekrutenziffer und sein Budgetrecht. Officiös wird bereits das Entgegenkommen der Militärverwaltung als die äußerste Grenze bezeichnet.

Mit gerechtem Stolz blicken die Oesterreicher auf die glänzende Debatte über die kirchlichen Gesetze in ihrem Reichsrathe. Mit starker Mehrheit hat der Reichsrath die Commissionsarbeit über jene Gesetze als Unterlage für die Specialberathung anzunehmen beschlossen. In hohem Grade bedeutend waren die vorausgegangenen Erklärungen der Regierung. Cultusminister Stremayr, von dem es heißt, daß, wenn es einen Staatsmann in diesem Ressort giebt, mit welchem die Kirche bei einiger Mäßigung und einigem Tacte sich auf den besten Fuß hätte stellen können, er es sei, erklärte als seine innerste Ueberzeugung, daß es unmöglich sei, mit den Clericalen zu paktiren. Die Geduld ist selbst diesem vermittlungsfreundlichen Minister nicht ausgegangen, so daß er gegenüber den Ultramontanen erklärte: daß keine Regierung, die sich ihrer Pflicht bewußt sei, sich gefallen lassen könne, daß die Religion zu staatsgefährlichen Umtrieben gemißbraucht werde. Und diese Erklärungen wurden verstärkt durch die Worte des Ministerpräsidenten Fürst Auersperg, daß Oesterreich nie soweit sinken könne, eine Unterbehörde der römischen Curie zu werden. Ohne die Gewißheit, daß der Kaiser Oesterreichs diesen Worten zustimmte, hätten die Minister nicht sich so äußern können. Das beflügelt die Hoffnungen der Oesterreicher, daß die Tage des Concordats für immer von ihrem Vaterlande ferngehalten werden.

Nach manchen bitteren Erfahrungen lächelte dem Ministerium des Marschalls Mac Mahon, dem Herzog von Broglie, einmal wieder in einer Entscheidung der Nationalversammlung das Glück. Er darf jetzt auf eine starke Mehrheit für die Verfassungsgesetze rechnen. Voll Freude über seinen parlamentarischen Sieg gab er dem Präsidenten und seiner Gattin, den Prinzen und Prinzessinnen von Orleans, den Ministern und Gesandten ein glänzendes Diner. Sein Plan über die neue französische Verfassung, die für die sieben Jahre des Marschallats von Mac Mahon halten soll, geht dahin: Es wird neben der Deputirtenkammer ein Senat gebildet, den zum Theil Mac Mahon, zum Theil die Kammer ernennt: der Senat erhält das Recht, im Verein mit Mac Mahon die Deputirtenkammer aufzulösen, wenn es nothwendig werden sollte. Geht Mac Mahon mit dem Tode ab, so tritt der gewählte Präsident der Deputirtenkammer an seine Stelle. Mac Mahon fühlt sich mit seinem Ministerium so stark, an die Durchsetzung dieser — wenigstens für einige Zeit die Verfassungswirren beendenden Pläne — gehen zu können.

Locales und Sächsisches.

— Gestern hat sich nach dem „Dr. J." Se. Maj. der König mit dem Grafen von Flandern nach Moritzburg begeben, um im kgl. Thiergarten daselbst eine Jagd abzuhalten. Das Diner fand im dortigen Jagdschlosse statt. Der Graf von Flandern hat in den letzten Tagen die hervorragendsten hiesigen Kunstsammlungen besichtigt und auch dem Atelier des Bildhauers Prof. Schilling einen längeren Besuch gewidmet.

— Wie man uns mittheilt, wird eine der ausgezeichnetsten Lehrkräfte des kgl. Polytechnikums, Hofrath Prof. Dr. Schlömilch, in einiger Zeit in das Cultusministerium treten und zwar als vortragender Rath über die Realschulen. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß dieser neue Wirkungskreis dem Herrn Professor noch die Füglichkeit lassen werde, seine Lehrthätigkeit am Polytechnikum, wenn auch in beschränkterem Umfange, fortzusetzen. Da außerdem Prof. Weiß einem Rufe an das neue k. k. Staatspolytechnikum in Brünn folgen wird, so haben sich der frühere und der jetzige Director unserer technischen Hochschule, Geh. Rath Dr. Hülße und Hofrath Dr. Zeuner, nach auswärts begeben, um mit hervorragenden Männern der Wissenschaft Unterhandlungen bezüglich ihrer Gewinnung für das Polytechnikum anzuknüpfen.

— Das Generalpostamt hat sich anläßlich eines concreten Falles dahin ausgesprochen, daß die den Soldaten bis zum Feldwebel oder Wachtmeister einschließlich bewilligte Portofreiheit sich auf gewöhnliche Briefe beschränkt, welche in den eigenen Angelegenheiten der Adressaten geschrieben werden, daß dagegen eine Verpflichtung der Postverwaltung zur portofreien Beförderung von Zeitungen an Soldaten nach ihren Garnisonen nicht anerkannt werden kann, gleichviel ob die Versendung unter Couvert oder Band erfolgt.

— Wie bereits vor einigen Tagen in diesem Blatte erwähnt wurde, hat das königl. Landgericht nur die Leipziger- und die Dorfzeitung als Amtsblatt, Blätter, welche in Dresden sehr wenig gelesen werden. Die Folge davon zeigt sich nicht nur bei den Subhastationen, sondern auch bei den Fabriken. Während die Stadt alles Mögliche aufbietet, um die Fabriken auf ein bestimmtes Fabrikviertel zu concentriren und dadurch der Stadt und Umgebung eine gesunde Luft zu erhalten, wachsen unter dem Landgerichte rings um die Stadt herum die Fabriken allerwegs in die Höhe. Niemand leidet mehr darunter als der Städter. Gleichwohl erfährt es der Städter erst, wenn die Fabrik fertig dasteht, lediglich, weil die üblichen Bekanntmachungen in einer wenig gelesenen Zeitung erfolgen. Es wäre hier recht zu wünschen, daß Dorf und Stadt Hand in Hand gehen. Denn eine kurze Spanne Zeit, so ist das Dorf zur Stadt geworden.

— An die Unteroffiziere der deutschen Cavalerie werden bei sämmtlichen Armeecorps Revolvers als Schießwaffe zur Austheilung kommen.

— Die Controlversammlungen der nach hier beurlaubten Militärs finden in der gewöhnlichen Weise jetzt statt.

— Der Termin für die Einlösung der preußischen Friedrichsd'ors läuft mit dem 31. d. M. ab. Bis dahin erfolgt die Einlösung zu dem Vollwerthe von 5²/₃ Thaler.

— Die Gasconsumenten wollen nicht vergessen, daß am 14. d. die Beiträge für das in den beiden letzten Monaten verbrauchte Leuchtgas bezahlt werden müssen.

— Berliner Briefe. Der Reichstag verarbeitet jetzt seine Kraft so tief innerlich, daß er für Die, die mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Ohren hören wollen, nur noch ein Scheinleben zu führen scheint. Seine Thätigkeit wird von den Commissionen aufgesogen und so viel auch davon bis an die Oberfläche, bis an die Oeffentlichkeit durchsickert, das ersetzt in keiner Weise für das Publikum die unterhalb der Galerie des Sitzungssaales sich vollziehenden Ringkämpfe. Mögen die Commissionen, inclusive derjenigen, die ihren Bericht über die Strafordnung publicirt hat und in welcher mit den Herren vom Strande gute Binnen-Deutsche bis in die bairischen Hochalpen hinaus, selbst ultramontane Priester gemeinsam gewirkt haben, noch so viel Arbeit verrichten, mehr Arbeit, als eine Plenar-Parade aufweist: das zählt in den Augen des Publikums nicht. Das Parlament schläft augenblicklich, so sieht man es jetzt an. Es ruht sich von großen Schlachttagen aus, um neue Kräfte zu noch größeren Kämpfen zu sammeln. So hat es wenigstens für die Oberflächlichen den Anschein. Was haben in der That die jetzigen Plenarsitzungen aufzuweisen? Ist auch der Puls der Bevölkerung von dem Anfange der Session immer noch so aufgeregt, daß jeden Tag von Neuem, trotz der magersten Tagesordnung die Galerien sich füllen, so leeren sich diese doch auch sehr bald wieder, die Impfordnung hält die dichten Reihen nicht lange beisammen. Die Berichterstatter finden sich in sehr beschränkter Anzahl ein und unter den Händen Derer, die überhaupt erscheinen, schrumpfen die Referate mehr als gewöhnlich zusammen. Die Impfordnung hat als ein Lückenbüßer gute Dienste erwiesen, um in der Zeit, wo die Thätigkeit des hohen Parlaments hinter die Coulissen verlegt war, wenigstens einige Ensemblesitzungen zu ermöglichen, d. h. die Pause zwischen den großen, zwischen den Prunksitzungen, zwischen den séances d'apparat, wie man in Versailles sagt, auszufüllen. Und doch fehlte diesem Lückenbüßer, der Impfordnung, ein besonderer Reiz nicht. So ging der Tagesordnung von gestern und vom Freitag voriger Woche, wie es so oft vorkommt: das Thema drückt die Preise der Eintrittsbillets herab, es flößt den Gedanken an Zeitvergeudung ein, und doch hätte der Besuch des Parlaments sich gelohnt. Beim deutschen Reichstage ist man niemals vor einer hinterher leidtragenden Versäumniß sicher. Wer hätte es der Reichs-Impfordnung im Voraus angesehen, daß die Ultramontanen im Bunde mit den Socialdemokraten einen Strauß mit den Reichsfreunden bei dieser Gelegenheit ausfechten würden? Es hat an anderen Ueberraschungen nicht gefehlt. Herr Lasker hat auch über die Impf-Vorlage, wie einst im Norddeutschen Reichstage über die Münzvorlage, sein entscheidendes Wort gesprochen. Eben ist aus der Druckerei des preußischen Abgeordnetenhauses die dritte voluminöse Anlage zu dem Berichte der in Folge der großen Rede gegen Wagner eingesetzten Untersuchungscommission über Gründungsschwindel hervorgegangen und jetzt erfahren wir aus einer Rede desselben Abgeordneten, daß er „mit einer besonderen Vorliebe und schon seit vielen Jahren sich sehr ernstlich mit der Frage von Reichs-Badeanstalten" beschäftigt habe. Er bedauert es ausdrücklich unter dem nationalen Gesichtspunkte, daß die Deutschen nicht so sehr das Bedürfniß der Reinlichkeit fühlten als andere Culturvölker. Das Eingreifen Lasker's in die Impf- und Lymph-Discussion ist übrigens begreiflich; denn diese Discussion wurde zu einer rein politischen, es handelte sich schließlich um Reichsgegnerschaft und Reichsfreundschaft, um Socialdemokratie und Bourgeoisie, um Ultramontanismus und Liberalismus u. dergl. m. Den Medicinern ging damit das Privilegium verloren, sich als Herren der Debatte zu fühlen. Jedem guten Nationalen drängte sich die Meldung zum Worte auf. Ein August Reichensperger muß nothwendig einen Lasker herausfordern, und handelt es sich auch nur um Reichs-Impfordnung. Das geschah am Freitag voriger Woche, das geschah auch gestern. Wer eine schlechte Sache vertritt, verwickelt sich auch immer in Widersprüche. So hatte Herr Reichensperger, obwohl mit Herrn Haenelever Rippe an Rippe gegen das Impfgesetz kämpfend, doch dessen Antrag, Badeanstalten in das Gesetz aufzunehmen, abzulehnen gerathen, da solche Anstalten dem Reichs-Gesundheits-Amt zuzuweisen seien, gleichzeitig aber die Nothwendigkeit eines solchen Amtes bestritten, das höchstens den Zweck haben könnte, das kranke Reich gesund zu machen. Man begreift, daß Lasker eine Logik dieser Art nicht dulden durfte. Er deckte die Unredlichkeit seines Gegners sofort auf und unterließ es zugleich nicht, die Badeanstalten zu empfehlen, um die Schwarzen weiß zu waschen. Oho! im Centrum. Gestern hatte Lasker abermals Gelegenheit, das unfair des Herrn Reichensperger zu beleuchten. Letzterer hatte in gewohnter rührender Weise ausgemalt, wie ungeheuer grausam es doch sei, den „Arbeiter" der die Geldstrafe, wegen unterlassener Impfung nicht zahlen könnte, in's Gefängniß zu schleppen. Das war natürlich auf den Beifall der Socialdemokraten berechnet. Er sprach gleich diesen als der patentirte Schutzpatron der „Arbeiter." Lasker bemerkte darauf: „Warum soll denn immer nur gerade der Arbeiter in dem Falle sein, die Geldstrafe nicht zahlen zu können und der Haft zu verfallen? Wir erleben ja jetzt bei Geistlichen den Unvermögensfall noch weit mehr." (Heiterkeit links.) Solche Episoden hat uns das Impfgesetz gebracht. Doch mehr als das; die Verhandlungen sind von Anfang bis zu Ende vom politischen Parteistandpunkt aus geführt worden. Ist das eigentlich möglich? Dr. Jenner hat nicht lauter unbedingte Anhänger. Die Mediciner gehen in zwei Schulen auseinander, die freilich qualitativ und quantitativ sich nicht einander nahe kommen. Eine verschwindende Minorität lehnt sich gegen den Impfzwang auf. Doch sehen wir davon ab, lassen wir die medicinischen Autoritäten für und gegen die Vaccination und Revaccination sich einander das Gleichgewicht halten, in welchem anderen, als dem deutschen Parlamente wäre es möglich, daß die Reichsgegner, bei uns also die Socialdemokraten und die Ultramontanen nebst ihrem Schwanze, der die Polen, die Elsässer, die Dänen und den Professor Ewald umfaßt, gegen die vom Reiche adoptirte medicinische Doctrin agitiren und den Liberalen die Unterstützung derselben überlassen? Eine Opposition à tout prix kennt man in jedem politischen Gemeinwesen, aber kaum eine solche wohl, wie sie bei uns im Reiche stattfindet. Wie tief sind die Ultramontanen und ihre Alliirten gesunken, wenn sie lediglich, um dem „Reiche" Opposition zu machen, schnell alles statistische Material, das von den wenigen Gegnern des Impfzwanges tendenziös aufgestellt ist, sich zu eigen machen und es gegen die Beobachtungen der größten und zahlreichsten Autoritäten unter den Medicinern aller Länder als unüberwindliches Geschütz in's Gefecht führen? Das ist mehr als rabiate Opposition, das ist einfach Comödie, wie sie in einem andern Parlamente kaum möglich ist. Das Impfen zu einer politischen Parteisache zu machen! Nach Staatshülfe rufen doch sonst unsere Socialdemokraten und die Gesundheitspflege gehört auch in ihr volkswirthschaftliches System. Aber das „Reich" soll keinen Zwang ausüben. Lieber bringt man gegen ein Reichsgesetz die oberflächlichste Statistik in's Feld und traktirt alle entgegengesetzten Autoritäten als interessirte, eigennützige Bourgeois, sogar als „Stellenjäger." Die Ultramontanen geben weniger auf Staatshülfe und Staatszwang; sie verleihen daher ihrer Sache einen besseren Schein. Herr August Reichensperger fürchtete, daß man mit dem Impfzwange bis zum „Psalanstöre" käme. Er sprach also nicht, wie die Communisten des Reichstages aufrichtiger Weise hätten sprechen dürfen.

— Gewerbeverein am 9. März. Herr Vorstand Walter macht zunächst Mittheilung von der bedenklichen Erkrankung des 1. Sekretärs, Herrn Director Glauß, der von einer Lungenentzündung niedergeworfen, aber bereits wieder auf dem Wege der Besserung ist. Da das Programm des nächsten, für den 20. März in Aussicht genommenen Familienabends ohne die Mitwirkung desselben nicht ausführbar ist, muß ersterer bis nach Ostern verschoben werden. Für den im Gewerbevereine zu gründenden Gesangverein haben sich bis jetzt nur Wenige angemeldet und bittet der Vorstand um weiteren Zutritt, das Angenehme hervorhebend, das eine solche Vereinigung in den Familienabenden bewecken könnte. In dem letzten Referate soll nach einem Schreiben des Herrn Koch bei Erwähnung der Kartoffelproduction etwas Gravirendes gegen die Alarmirmilitationen des Herrn Wirthschafter Fehrmann gesagt haben. Referent hat davon nichts bemerkt, kennt überhaupt Herrn Fehrmann und dessen treffliche Produkte in gut, als daß ihm dergleichen in den Sinn gekommen wäre. Im Hauptvortrage, der heute den ganzen Abend in Anspruch nahm, gab Herr Lieutenant Rudelwitz sehr interessante „Auszüge aus dem Leben Friedrichs des Großen". Friedrich I. hatte den Lobgesang auf dem kurbrandenburgischen Throne den Titel gekauft, Friedrich II. fügte zu dem Titel die Würde. Redner behandelt dann unter dem Beifall der Versammlung zunächst kurz die beiden Vorgänger Friedrichs des Großen auf dem jungen Dulcinsthrone, den schon erwähnten Friedrich I. und den Vater unseres Alle, Helden, Friedrich Wilhelm I. Unter dem Ersten, der die Krone nicht ohne nahrhaft analisches Vertrauen lassen zu können glaubte, war Berlin ein Spreeathen, unter seinem Nachfolger ein Spreesparta. Der Letztere, den Gutzkow in seinem „Zopf und Schwert" so treffend charakterisirt, hatte ein rauhes Aeußere, war dabei aber ehrlich und offen. Alles, was Wissenschaft und Kunst hieß, verachtete er. Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin behielt er blos deshalb bei, weil sie ihm die Kalender lieferte, bekannt ihr aber die Geldmittel aufs Aeußerste und hatte von der Art und Weise, wie sie sich verdient machen und von ihrer Aufgabe die verkehrtesten Ansichten. Die Universitäten fand er blos deshalb gut, weil sie ihm die Militärärzte und die Geistlichen lieferten; auch ihre Geldmittel wurden äußerst karg abgemessen. Die Justiz hielt er für ein überflüssig Ding; die Advocaten nannte er Rechtsverdreher, statt Rechtsvertreter, und bestimmte ihnen eine auffallende, sie Jedermann kennzeichnende Kleidung. Um ihn von dem hohen Werthe der Justiz zu überzeugen, wurde er einst veranlaßt, einer Gerichtsverhandlung in Person beizuwohnen. Der Vertheidiger des Angeklagten trug seine Rede äußerst klar und treffend vor, so daß Friedrich Wilhelm, um seine Meinung befragt, begeistert ausrief: „Der Kerl hat Recht". Nun trat der Staatsanwalt auf und widerlegte ebenso klar und treffend den Vorredner Wort für Wort, so daß der König abermals sagte: „Der Kerl hat Recht". Ob er seitdem einen besseren Begriff von der Justiz bekommen haben mag, weiß ich nicht, aber aus ihrem Schneckengange seligen Angedenkens hat er sie für seine Regierungszeit denn doch ein wenig herausgerissen. Sehr bestrebt war der König, den Elementarunterricht namentlich in der Provinz Preußen zu heben, dem er auch eine beträchtliche Summe zur Verfügung stellte. Als Lehrer stellte er Schuster, Schneider, Leinweber ꝛc an, eine Anschauung, die er mit Herrn Penzig in Meerane gemein hatte, obgleich er diesen leider nicht zu kennen die Ehre hatte. Vielleicht hätte er ihn zum Landesschulrathe in Ostpreußen gemacht. In religiöser Beziehung war er äußerst tolerant; nur jüdische Wucherer haßte er und bestrafte sie exemplarisch. Sie mußten ihm alle erlegten Wildschweine abkaufen. Sein Tabaksollegium ist bekannt. Die Armee vermehrte er von 41,000 auf 76,000 Mann. Seine Riesengarde ließ er sich trotz seiner grenzenlosen Sparsamkeit horrende Summen kosten. Große und hübsche Mädchen zwang er, diese Gardisten zu heirathen. Dabei war er äußerst leidenschaftlich, der Stock spielte bei ihm eine große Rolle. Sein Leibkutscher war der Blitzableiter des ganzen Hofes und trug deshalb ein Elennsfell unter der Kleidung. Seine Sparsamkeit geht aus folgenden Notizen hervor: Die Königin und ihre Kinder erhielten jährlich 80,000 Thlr.; für Stall, Küche und Bekostung waren 48,000 Thlr. ausgeworfen; der König selbst begnügte sich mit einfacher Hausmannskost. Als sein Lieblingssohn Heinrich einst die Blattern bekam, war er in großer Angst; als sein Leibmedikus die Krankheit für nicht gefährlich bezeichnete, befahl er, ihm als besonderes Zeichen seiner Gnade täglich (so lange er den Kranken besuchte) zwei Flaschen Bier und eine Mahlzeit zu gewähren, welche letztere jedoch nicht über sechs Groschen kosten dürfe. Soweit der Vater Friedrichs des Großen, welcher letztere (am 24. Januar 1712 geboren) am 17. Mai 1740 den preußischen Thron bestieg. Schon als siebenjähriger Knabe mußte er tüchtig exerzieren, später Schildwache stehen und als der König erfuhr, daß er Flöte blase, sowie Verse und Schulden mache, war er im höchsten Maße ungehalten. Ein Zeugniß für Friedrichs früh geweckten Geist giebt folgender Vorfall. Friedrich II. besuchte in Begleitung seines königlichen Vaters die Schatzkammer, wo eine bedeutende Anzahl Geldfäcke aufgehäuft standen. Ein solcher hatte sich in Folge seiner Schwere vornüber geneigt; dies bemerkend, sagte Friedrich: „Sei ruhig, dein Erlöser lebt!" was den König aufs Höchste erbitterte. Nach Entdeckung der projektirten Flucht zog ihn Friedrich Wilhelm an den Haaren, schlug ihm die Nase blutig, ja würde ihn mit dem Degen durchstochen haben, wenn man ihm nicht in den Arm gefallen wäre. Erst spät folgte eine Versöhnung zwischen Vater und Sohn, unter deren Bedingungen auch die sich befand, daß der Prinz die Gemahlin ehelicke, die ihm der König beschied. Die hierzu bestimmte Prinzessin Elisabeth Christiane von Braunschweig-Bevern war dies in jeder Beziehung nur dem Namen nach. Bekannt sind seine Feldzüge, die das kleine Preußen in ganz Europa berühmt machten, der Ar-